Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: monatlich ℳ 4,—, vierteljährlich ℳ 12,— frei ins Haus. Kreuzbandsend. monatl. ℳ 6.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson, Hamburg.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11. 1. Stock.

Hamburger Echo

Einzelnummer morgens 10 ₰, abends 15 ₰.

Anzeigen die zehngespaltene Petitzeile 90 ₰, zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 90 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) u. in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 504. Donnerstag, den 30. Oktober 1919. – Morgen-Ausgabe. 33. Jahrgang.

Abrechnung mit den Urhebern an Deutschlands Niederlage.

Der Heer- und Marine-Etat.

In einer Dauersitzung von unerhörter Länge erledigte am Mittwoch die Nationalversammlung den Etat von Heer und Marine. Nach einer im alten Kriegervereinsstile aufgemachten Rede des Volksparteilers Maretzky kam von der sozialdemokratischen Fraktion der Genosse Stücklen zum Wort, der mit großer Frische ins Zeug ging und die Herren von der Rechten wie die reaktionären Offiziere als fortgesetzte Gefährdung des Reiches charakterisierte. Die Semmler, Mittelmann und Gräfe tobten, als Stücklen seine wohlgesetzten Hiebe austeilte. Von Noske forderte der Redner rücksichtsloses Vorgehen gegen die reaktionären Offiziere. Wärmste Worte fand unser Redner für die noch immer in Feindesland festgehaltenen Kriegsgefangenen, für deren Heimtransport sich die Regierung mit ganzer Kraft einsetzen müsse. Den konservativen Herren, die plötzlich vor einer Miliz schwärmen, hielt er die Forderung Bebels vor, die sie damals verlacht hätten. Der Talmijunker Gräfe hielt eine seiner bekannten herausfordernden Reden, eine Rede von maßloser Ueberhebenheit, wie sie nur ein reaktionärer Junker zustandebringen kann. Noske trauen die Junker nicht, Herr v. Gräfe griff ihn daher mit großer Stärke an. Die Provokation des Redners führte wiederholt zu stürmischen Unterbrechungen. Minister Noske diente Herrn v. Gräfe nicht zu knapp. Ueber die Zustände im Heere sagte er, daß er politische Agitation nicht dulden könne. Die Vereidigung auf die Verfassung sei fast restlos erfolgt, die Offiziere seien durch den Eid gebunden. Ihre Auswahl solle nach den Grundsätzen erfolgen: „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ Der Minister kündigte an, daß er alle Putschversuche von rechts mit äußerster Rücksichtslosigkeit bekämpfen werde. Zu einer ungewöhnlich wirkungsvollen Rede nahm dann noch Minister David das Wort. Unter dem lauten Beifall der Sozialdemokraten und Demokraten hielt er dem Gräfe und Genossen den Spiegel vor und klagte sie der Urheberschaft an dem furchtbaren Unglück des Landes an. Die Davidsche Rede sollte im Stenogramm jedem Wähler zugänglich gemacht werden. Mit trefflichem Material polemisierte auch der Demokrat Maas gegen die Rechte. In einer entsetzlichen Dauerrede von 2¾stündiger Dauer trieb dann der unabhängige Koenen fast das ganze Haus in die Flucht. Noske knüpfte sich den Wald- und Wiesenredner vor und führte seine maßlosen Uebertreibungen auf das richtige Maß zurück. Eine Flut persönlicher Bemerkungen schloß dann die Beratungen. Die hierauf erfolgte Beratung des Marineetats verlief wesentlich ruhiger.

In später Stunde wurden dann noch hintereinander der Etat des Reichstages, des Rechnungshofes, der Reichsschulden und des außerordentlichen Haushalts erledigt. Damit war die Etatsberatung in zweiter Lesung beendet. Die Abstimmung über eine Unmenge Petitionen bildete den Abschluß der 11½stündigen Sitzung.

* * *

Deutsche Nationalversammlung.

112. Sitzung.

Berlin, 29. Oktober.

Am Regierungstisch: Noske.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 9½ Uhr.

Gemäß einem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses beschließt die Nationalversammlung, die Genehmigung zur Strafverfolgung gegen den Abgeordneten Gandorfer (Bayr. Bauernb.) wegen Hochverrats und Vergehen gegen § 130 der Strafprozeßordnung zu verweigern.

Darauf wird die zweite Beratung des Haushaltsplanes für 1919 beim

Haushalt für die Verwaltung des Reichsheeres

fortgesetzt. Beim Haushaltsausschuß wird die Forderung von 1½ Millionen Ausgaben für Einwohnerwehren im außerordentlichen Haushalt gestrichen. Im übrigen der Haushalt zur unveränderten Bewilligung empfohlen. Es liegt ferner eine Entschließung vor, wonach für die Reichswehr das Beköstigungsgeld und der Ersatzbetrag für Unterbringung angemessen erhöht werden solle, daß ferner den kriegsgefangenen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften Stellen in der Reichswehr offen gehalten werden, daß endlich mit möglichster Beschleunigung festgestellt wird, welche Stellen in Staat und Gemeinden den Angehörigen der Reichswehr nach Ablauf der Dienstzeit offen stehen.

Von den Deutschnationalen wird eine Entschließung beantragt, die Reichsregierung zu ersuchen, den Oberbefehlshaber der Marken anzuweisen, bei Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand:

a) unparteiisch und nur nach sachlichen Rücksichten zu verfahren;

b) das Verbot bei täglich erscheinenden Zeitungen auf höchstens drei Tage, bei Druckschriften auf höchstens drei Nummern zu beschränken;

c) vor dem Erlaß des Verbotes den Herausgeber zu hören;

d) in der Verbotsanordnung den beanstandeten Artikel zu bezeichnen;

e) wegen Erscheinen der Zeitung oder Druckschrift sofort mit dem Herausgeber in Verbindung zu treten.

In der an das Gehalt des Reichsministers, ℳ 44 000, geknüpften allgemeinen Besprechung bemerkt

Dr. **Maretzky** (DVP.): Die Unzulänglichkeit unseres künftigen Heeres mit seinen 100 000 Mann liegt auf der Hand. Schon die bisherige Stärke reichte nicht aus, um an allen Orten die Ordnung aufrechtzuerhalten. Mit dem Abbau unseres Heeresverbandes sollte man nicht übereilt vorgehen. Die Reichswehr hat sich angesichts der vielfach schweren Straßenkämpfe den größten Dank des Landes verdient. (Unruhe links.) Ich erinnere Sie an die Tage, in denen das Schloß, das Polizeipräsidium, das Zeitungsviertel und namentlich das „Vorwärts“-Gebäude besetzt waren. Gerade die Wiedereroberung des „Vorwärts“-Gebäudes wurde von bürgerlichen Offizieren vorgenommen, unter denen — es ist schrecklich für sozialdemokratische Ohren — sich ein Prinz mit dem Namen Hohenzollern befand. Dem Obersten Reinhardt, der die Ordnung in Berlin in schwerster Zeit aufrechterhalten hat, gebührt der Dank der Einwohner Berlins. Auch ein monarchischer Offizier kann der Republik dienen, ohne seinen Idealen zu entsagen. Beides verträgt sich miteinander. Die Mehrheit der Offiziere steht nicht auf dem Standpunkt der Regierungspartei. Sind die Offiziere gezwungen, die Reichswehr zu verlassen, so fällt diese in sich zusammen. Die Mehrzahl der Arbeiterschaft erkennt dies und steht schon jetzt nicht mehr hinter den Mehrheitssozialisten. Die bürgerlichen Mehrheitsparteien und besonders das Zentrum sind keineswegs bereit, die Mehrheitssozialisten zu stützen. Der einzige Machtfaktor, auf den sich die Regierung stützen kann, ist und bleibt die Reichswehr mit ihren bürgerlichen Offizieren. Die Lebensbedingungen, die Löhnungsfrage, Verpflegung, Kleidung und Unterkunft von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften sind in schlechtestem Zustand. Es ist richtig, in den Monaten März bis Juni war die Verpflegung gut, jetzt wieder ganz unzulänglich. Der Soldat kann sich bei seiner ungenügenden Löhnung keinen Zuschuß zu seinem kärglichen Abendbrot leisten. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Wie war es früher?! Großer Lärm. Präsident Fehrenbach: Nicht gar so lebhaft, meine Herren, am frühen Morgen!) Der Reichswehrminister hat zugestanden, daß es Formationen gibt, deren Leute nur eine Garnitur haben. Geht die Reichswehr zugrunde, so kommen die Horden der Kommunisten und gehen über sie hinweg. (Großer Lärm links.) Hinzukommt, daß die Zukunft der Reichswehr vollkommen unsicher ist. Die besten Elemente scheiden aus ihr aus, wenn sie irgendwie eine bessere Unterkunft finden. Der Gefechtswert der Reichswehr ist schon um ein Drittel, wenn nicht um die Hälfte zurückgegangen. Wir gehen einem schweren Winter entgegen. Die Kohlennot steht vor der Tür, und mit ihr die Lebensmittelschwierigkeiten. Die Verhetzung der Masse nimmt zu. (Zuruf: Sorgen Sie für mehr Kartoffeln.) Die Regierung sollte deshalb alles tun, um die guten und tüchtigen Elemente der Reichswehr zu erhalten. Wir treten deshalb für die Aufbesserung der Löhnung der Reichswehrtruppen ein und fordern auch die Gewährung einer Entschuldungssumme. Die Verdächtigung, daß das Offizierkorps monarchistisch putsche, ist vollkommen haltlos. Die Monarchisten lehnen es ab, die gewaltsame Einführung der Monarchie zu erstreben. Wir wollen die Schaffung verfassungswidrig nicht einführen. Der Reichswehrminister ist kein Mann nach unserem Sinne. Er hat den besten Willen, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Er hat erkennen müssen, daß vieles, was er zu untergraben mitgeholfen hat, für uns noch bitter not ist. Politisch ist er unser schärfster Gegner. Er ist um so gefährlicher, als er in der Regierung ausschlaggebend ist. Wir werden ihn indessen unterstützen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, ihn sonst aber mit aller Macht bekämpfen. (Beifall rechts. Ironischer Beifall links.)

Stücklen (SD.): Als wir früher im Reichstage um die Erhöhung der Löhne der Soldaten um ein paar Pfennige kämpften, hat uns die Rechte Widerstand geleistet. (Lebhafter Widerspruch rechts. Große Unruhe.) Wir mußten jahrelang kämpfen, bis wir mit unseren Anträgen Erfolg hatten. Wenn das alte System nicht innerlich so faul und morsch gewesen wäre, so wäre der Zusammenbruch nicht so katastrophal gewesen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Um einigermaßen die Ordnung aufrechtzuerhalten, wurden die Freikorps gebildet durch die Bereitwilligkeit einiger Offiziere. Die Freikorps waren aber nur ein Nothehelf. Aus ihnen entstand auch die Reichswehr. Auch wir können nicht alle Maßnahmen der Regierung kritiklos hinnehmen, aber die Regierung braucht eine Macht, um die Achtung vor den Gesetzen zu sichern, sonst schreibt sie in der Luft, und die Ohnmacht einer Regierung führt zur Anarchie, die Sie (nach rechts) allerdings auf Ihre Weise fördern wollen. Wir haben immer die Miliz haben wollen, aber der Friedensvertrag schreibt vor, daß die Offiziere sich auf 25 Jahre und die Mannschaften auf 12 Jahre verpflichten müssen. Selbstverständlich müssen in einem Bürgerheer die Mannschaften ebenso gestellt werden wie die Arbeiter. Der Feldwebel erhält jetzt jährlich ℳ 5392, der Unteroffizier ℳ 4780, bei geringerer Dienstzeit ℳ 4654, der Gefreite ℳ 3869, der Gemeine ℳ 2600. Die Gehälter der Offiziere müssen einer Revision unterzogen werden; denn für ℳ 150 monatlich findet man keinen mehr. Für die Landesverteidigung ist ein Söldnerheer von sehr problematischem Wert, es kann ein Werkzeug der Reaktion werden. (Nach rechts:) Sie haben mit einem Male Ihr warmes Herz für die Soldaten entdeckt, das läßt auf die Absicht schließen, daß Sie das Heer für sich gebrauchen wollen. Der Berufssoldat dient dem, der ihm am besten bezahlt. Wir haben unter den Kommandeuren nur vier bürgerliche. Wir bekämpfen die Bevorzugung des Adels, Sie (nach rechts) hoffen, über kurz oder lang wieder eine monarchische Armee zu haben. In weiten Kreisen der Offiziere beginnt man wieder, sich außerordentlich lebhaft zu führen. Zur Aufklärung der heimkehrenden Kriegsgefangenen über die Geschehnisse hatte die Regierung eine Broschüre verbreiten lassen, die die Vorgänge ganz objektiv darstellte. Eine Anzahl von Offizieren hat sie verbrannt. (Beifall rechts.) Die Herren der Rechten tun alles, um die Kriegsgefangenen in ihre Hände zu bekommen. Aber diese werden Ihnen sagen: Ihr seid schuld an unserem Elend! (Lärm rechts.) Wegen Eurer Kriegstreiberei. (Lärm rechts.), Sie verbreiten die unwahre Nachricht, die Regierung sei schuld an der verzögerten Heimsendung. Sie überschwemmen die Heimkehrenden mit Hetzschriften. Hier habe ich ein solches Flugblatt, wo den Kriegsgefangenen erzählt wird, in dem Kabinett säßen fast nur Juden: der Jude Schiffer, der Jude Bernstein, der Jude Preuß, der Jude Wurm. Dann heißt es weiter: die Finanzabteilung wurde später auf zwei Juden verteilt, auf Dernburg und Gothein. (Heiterkeit.) Offiziere, die nicht auf monarchistischem Boden stehen, werden hinausgeekelt. Wir müssen dafür sorgen, daß das Heer der Republik ein republikanisches Heer ist. (Beifall links. Unruhe rechts.) Für staatsbürgerliche Aufklärung im Heere muß gesorgt werden. Ein Heer von Republikanern ist die beste Schutzwehr gegen monarchistische Umtriebe. (Lärm rechts.) Der Reichswehrminister muß das Heft in den Händen behalten, aber er darf auch die Fühlung mit den breiten Massen des Volkes nicht verlieren. (Sehr gut! links.) Die geheimen Qualifikationsberichte über Offiziere werden hoffentlich ganz beseitigt. Mit dem Schutt der Vergangenheit muß aufgeräumt werden. (Unruhe rechts.) Eines kameradschaftlichen Zuges unserer Reichswehrsoldaten gedenke ich. Sie haben erklärt, sich gern mit einem Anzug begnügen zu wollen, damit die zurückkehrenden Kriegsgefangenen einen Anzug erhalten können. (Leifall.) Noch immer werden in Frankreich rund 500 000 Kriegsgefangene zurückgehalten. Die Gefangenen müssen ja beinahe denken, die Heimat habe sie vergessen. Das ist nicht der Fall. Es wird alles versucht, um sie zu befreien. Der Rücktransport eines einzelnen Gefangenen aus Sibirien kostet uns ℳ 11 000. (Hört! hört!) Die Regierung hat erklärt, koste es, was es wolle, die Gefangenen müssen befreit werden. (Beifall.)

Racken (Z.): Ich spreche dem Reichswehrminister unsere Anerkennung aus, daß er das Ziel, das er sich gesteckt hat, eine Reichswehr zum Schutze und zur Ordnung zu sammeln, erreicht hat und daß allmählich Ruhe und Ordnung in Deutschland eingezogen sind. Wir wissen, welch große Schwierigkeiten zu überwinden waren, um zu verhindern, daß ein ganz allgemeiner Bruderkrieg in Deutschland ausbrach. Für diese Reichswehr sollen nun im vorliegenden Etat Formationen festgestellt werden. Es wird vielleicht eingewendet, das kleine Heer der Reichswehr koste viel Geld, ungefähr ebensoviel wie uns das frühere Heer gekostet hat. Das ist erklärlich, man muß bedenken, daß es sich um ein Uebergangsheer handelt, das heute noch größer ist, als der Friedensvertrag bestimmt. Erst vom 1. April 1920 ab sind es nur 100 000 Mann. Ferner handelt es sich um ein Söldnerheer und nicht um eine Wehrmacht, die auf der allgemeinen Wehrpflicht beruht. Es handelt sich auch um den Abbau des alten Heeres, wofür im Etat 3 Milliarden eingestellt sind. Für den kommenden Etat ist es wünschenswert, daß die Aufstellung so erfolgt, daß man auf den ersten Blick erkennen kann, was jeder einzelne an Gebührnissen: Gehalt, Zulagen usw., bekommt. Zur gedeihlichen Entwicklung der Reichswehr ist es notwendig, für die Zufriedenheit der Leute zu sorgen. Männer sind vorhanden wie im alten Heer. Wir verlangen, daß die Gebührnisse für die Angehörigen der Reichswehr, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, ausreichend sind. Die Wehrleute müssen durchaus gut untergebracht werden, und die Beköstigungsgelder müssen dementsprechend sein. Ferner begrüßen wir es, daß die Einführung eines umfassenden Unterrichtes für die Mannschaften in Aussicht genommen worden ist, damit sie sich auf ihren Beruf vorbereiten können. Es muß den Mannschaften sobald wie möglich mitgeteilt werden, was sie nach ihrer Dienstzeit im Staat und bei den Gemeinden für eine Stellung einnehmen werden, wenn sie die mittlere Beamtenlaufbahn betreten. Auch die Kleidung muß anständig sein. Das Heer darf keine Parteipolitik treiben. Die Reichswehr muß voll und ganz auf dem Boden der Verfassung stehen. Ich halte es für beinahe unmöglich, daß Leute, die innerlich anders denken und gar nicht auf dem Boden der Verfassung stehen, im Heere dienen können. Möge es dem Reichswehrminister beschieden sein, die Reichswehr weiter gedeihlich zu entwickeln, daß ein militärisch achtbarer Apparat von Bedeutung entsteht, der imstande ist, im Notfalle Ruhe und Sicherheit im Lande aufrechtzuerhalten. (Beifall im Zentrum.)

v. Gräfe (DVP.): Mit einem wehmütigen schmerzlichen Gefühle erfüllt uns die Pflicht nach der glanzvollen Periode seit der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches heute zum sogenannten Heeresetat sprechen zu müssen, die alte Armee, die fünf Jahre hindurch einer übermenschlichen Uebermacht getrotzt hat, blieb siegreich und ungebrochen, sie ist hinterrücks bedroht worden. (Lebhaftes Sehr richtig! Rufe bei den SD.: Eure Schuld.) Die Hetze, die Untergrabung des Ansehens unserer herrlichen Armee kam schon in den Zaberner Tagen unseeligen Angedenkens gerade abstoßend zum Ausdruck. Das war die Vorbereitung für das, was wir jetzt an dieser herrlichen Schöpfung unserer alten preußisch-deutschen Armee erlebt haben, die Hetze gegen den sogenannten Militarismus. Es war ein Kampf gegen den Militarismus im besten Sinne des Wortes. Es war das die alte Armee, die Säule, die Grundfeste, auf der unser altes monarchisches Staatsleben aufgebaut war. Dies war es, was gewissen Kreisen den Haß gegen sie einflößte. (Sehr richtig! rechts.) Dieses Heer war die Grundlage für unser ganzes Staatsleben, des Deutschtums und unseres ganzen deutschen Vaterlandes. (Sehr richtig!) Es ist daher kein Wunder, wenn die Männer, die uns vernichten wollten, trachten, diese Säule, diese Kraft, dieses Rückenmark unseres Deutschtums zu zerstören. Sie hatten, als unsere äußeren Feinde, ein Interesse daran, sich zusammenzufassen mit denen, die aus inneren Gründen die Grundfesten unseres Deutschtums unterminierten. Es ist ein tragisches Geschick, daß die Verblendung deutscher Männer so weit gegangen ist, daß sie mit der Unterminierung der Armee die Geschäfte unserer Feinde betrieben haben. (Sehr richtig! rechts.) Und das ihr Sieg den Untergang unseres Vaterlandes bedeutete. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Sie haben gesagt: „Die Monarchie liegt am Boden, die Republik ist da.“ Und daneben liegt die Leiche des deutschen Vaterlandes. (Sehr richtig! rechts, Lärm bei den SD.) Der rückblickende Geschichtsschreiber wird diese Dinge nüchterner beurteilen, als die, die jetzt ihren Pyrrhussieg feiern. Die berauschten Zabener Redner werden später eine andere Kritik erfahren, als sie damals gefunden haben. (Zuruf von den SD.: Präsident Fehrenbach!) Unsere Feinde haben es vom ersten Tage des Krieges an gewußt, daß Deutsche nur durch Deutsche zu besiegen seien. (Zustimmung.) Wenn der Untersuchungsausschuß objektiv urteilt und nachforscht, so muß er zu dem Resultat kommen, daß der Zusammenbruch unseres Vaterlandes nicht da eingesetzt hat, wo menschliche Schwächen Fehler gemacht haben, sondern da, wo der Geist des alten Vaterlandes bekämpft wurde, wie er im Juli 1914 zum Ausdruck kam. Deutsche haben sich gefunden, die Zersetzung in die Armee hineinzubringen. (Zuruf: Ihre Freunde!) Wenn auch nur ein kleiner trauriger kümmerlicher Torso übrig geblieben ist, den man kaum noch ein Reichsheer nennen möchte, so erblicke ich doch in dieser Reichswehr das kleine zarte schwächliche Kind des alten Recken, unserer alten Armee. Um des Vaterlandes willen bedarf dieses zarte Kind unserer besonderen Fürsorge. Sie auf der Linken wollen niemals das Verständnis auch für diesen Torso einer Armee haben können. (Widerspruch bei den Soz.) Sie fürchten, diese Armee könnte zum Rächer des Vaterlandes werden. (Sehr richtig! rechts.) Dieses Mißtrauen steigert sich manchmal geradezu zum Verfolgungswahn. Daher das klägliche Geschrei des republikanischen Offizierskorps. Der Artikel Ludendorffs, den ich mit Dank begrüße, beweist, daß man anders für diese Verhältnisse kämpfen und darüber mit Verständnis reden kann, als wenn man sie nach der Parteischablone und politischen Tendenz färbt. (Sehr richtig! rechts.) Es ist eine unglaubliche Unterstellung, daß der Artikel die Reichswehr zersetzen wolle und auch gegen die verantwortliche Spitze des Heeres gerichtet sei. Er richtete sich gegen gewisse Kreise der Mehrheitsparteien (Lärm bei den SD.), die Angst haben, daß das Heer stark werden könnte. Das mangelnde Verständnis in eine oberste Behörde zeigt sich darin, daß man nicht einmal die Reichsmilitärgerichte und die Offiziersehrengerichtsbarkeit für diese Armee gestaltet hat. (Lärmende Unruhe bei den SD. Rufe: Schmach!) Wieweit Ihre Empfindlichkeit und Ihr Mißtrauen gehen, zeigen die Worte des Abgeordneten Stücklen, die schwarz-rot-goldene Fahne schiene auf uns zu wirken, wie das rote Tuch auf einen Stier. Die Tradition unserer Armee ist durch die schwarz-weiß-rote Fahne mit einer Zeit verbunden, die glorreicher war als die Zeit unter der schwarz-rot-goldenen Fahne. Sie können die schwarz-weiß-rote Fahne ebensowenig verbieten, wie sie früher verlangt haben, daß Sie Ihre rote Fahne offen zeigen dürfen. (Lärm bei den Soz. Ruf des Abgeordneten Davidsohn: Verfassung!) Ist es denn durch die Verfassung verboten, die schwarz-weiß-rote Fahne auszuhängen? (Lärm bei den Soz. Erregte Zurufe des Abgeordneten Davidsohn.) Ein politisierendes Heer ist kein Instrument, auf das sich der Staat verlassen kann. Nun wünschen Sie, daß die Regierung politische Agitation im Heere treibt. Die Regierung stellt aber doch eine Partei dar (Zuruf: und früher?), die morgen oder übermorgen von einer andern abgelöst werden kann. Aber uns verwehren Sie es, Aufklärung in das Heer zu tragen. Heute klagen Sie über den Mangel an Uniformen. Wo sind denn die 7 Millionen geblieben, die wir nach dem Kriege noch hatten? 1 Million ist verbraucht, aber 6 Millionen sind verschoben. Durch die Hände von Juden, von Judengenossen- und Schiebern sind die ganzen Bestände gegangen. Wenn es möglich war, für die Hilfspolizeisoldaten und für die Einwohnerwehren gute, schmucke Uniformen zu beschaffen, so war das auch für die Reichswehr möglich. Gewiß macht die Reichswehr ungeheure Kosten. Ob wir sie tragen können, darüber mag sich die Regierung den Kopf zerbrechen. (Lachen links.) Vorläufig müssen Sie ja Geld genug haben, da Sie noch immer neue Ministerposten schaffen bei jedem neuen Regierungswechsel. Sie verschwenden die Gelder in geradezu haarsträubender Weise. (Große Unruhe links. Zustimmung rechts.) Schaffen Sie hier nicht durchgreifende Besserung, so sind die jetzt aufgewendeten Gelder einfach zum Fenster hinausgeschmissen. Sie haben durch Ihre Politik dieses Söldnerheer notwendig gemacht, jetzt haben Sie dafür zu sorgen, daß es brauchbar wird. Wir bemühen uns, die Regierung zu Taten zu bringen. An der Spitze müssen Männer stehen, die sachkundig und tatkräftig sind. Merkwürdigerweise stehen überall an der Spitze der Aemter Leute, die geradezu grausam blutige Laien sind. Ich kann daher persönlich auch nicht in das Loblied für den Reichswehrminister einstimmen. Ich gehe auch nicht so weit, in Herrn Noske den starken Mann zu sehen. Ich sage damit nichts persönliches gegen ihn. Ich verlange auch von ihm nicht mehr an Energie, als er besitzt, aber ich verurteile den Schein einer weitgehenden Energie, der ein falsches Vertrauen da erwecken muß, wo es nicht angebracht ist. Der Reichswehrminister ist in seinen Handlungen nicht konsequent. Das ist er in der Gewandtheit, die Menschen auszunutzen, die er gerade vor sich hat. (Heiterkeit.) Offizieren gegenüber findet er freundliche Worte: Man sollte nicht erwarten, daß man die monarchische Gesinnung von heute auf morgen ablegt. In sozialdemokratischen Konferenzen dagegen spricht er von reaktionären Offizieren. Es nützt nichts, daß Sie (zum Reichswehrminister) den Glauben erwecken, der gegebene Mann zu sein. Die Bevölkerung sehnt sich nach Ruhe und Ordnung und greift nach diesem Strohhalm. Auf die Anfragen wegen des Schutzes der Pressefreiheit hat der Reichswehrminister im Ausschuß keine Antwort gegeben. Die jetzige Handhabung der Zensur ist viel parteiischer als die frühere. Der ganze Reichstag hat seinerzeit einem sozialdemokratischen Antrage zugunsten der Pressefreiheit zugestimmt. Die Parteien der Linken hüllen sich demgegenüber jetzt in Schweigen. Ein Blatt wurde wegen eines Inserates, in welchem Gummiknüppel empfohlen wurden, verboten. Diese Knüppel haben dem Kriegsministerium zur Prüfung vorgelegen und sind auch bei Einwohnerwehren als Waffe eingeführt. Man hätte schließlich das Inserat, aber nicht die Zeitung verbieten dürfen. Es handelt sich nicht um die Ahndung einzelner Fehler, sondern es liegt System darin, die deutschnationale Presse, die ihm unbequem ist, totzuschlagen. Die „Deutsche Tageszeitung“ wird verboten, weil sie in einem Artikel daran erinnert, daß der Reichspräsident erklärte, wir wären ehrlos und würdelos, wenn wir nicht unsere ganze Kraft aufböten gegen die Schmach, die uns angetan werde; niemals dürfe ein Volk von 70 Millionen sich solche schmachvollen Bedingungen gefallen lassen; nie und nimmer werde es sie annehmen; wir lehnen sie ab, komme, was kommen mag. (Hört, hört!) Wenn ein Staatsoberhaupt solche Versprechungen gibt und sie nicht hält, so ist es das gute Recht jedes Patrioten, zu verlangen, daß es die Konsequenzen daraus zieht und zurücktritt. Wenn Noske die „Deutsche Tageszeitung“ daraufhin verboten hat, so ist das eine direkt gewollte Antuung gegenüber einem Blatte, das ebenso das Recht hat, seine Meinung zu vertreten, wie jeder deutsche Mann. Unter keinem Kaiser und König ist so absolut regiert worden, wie jetzt. (Zustimmung rechts, Unruhe links.) Wir vertrauen auf den guten Geist in dem geringen Rest unseres einst zu prächtigen Heeres, auch wenn sie jetzt Pyrrhussiege erringen. (Lebhafter Beifall rechts, anhaltendes Zischen links.)

Reichswehrminister **Noske**: Herr Maretzky hat treffend die Bedeutung der Reichswehr geschildert. Um so weniger darf man dieses wichtige Instrument zu einem Zankapfel der Parteien werden lassen. Was wir in der letzten Stunde von Herrn Graefe gehört haben, könnte man wohl charakterisieren als einen Versuch, Selbstmordpolitik zu treiben. (Sehr gut links, Lachen rechts.) Deutschland hat im Kampfe gegen drei Viertel aller Völker der Erde gestanden. Angesichts dessen sind die Opfer und Leistungen des deutschen Volkes geradezu fabelhaft gewesen. Unter dem ungeheuren Druck der Uebermacht ist der Zusammenbruch erfolgt. Unser Volk ist, soweit es Waffen getragen hat, ehrenhaft aus diesem Kampfe hervorgegangen. Ich hoffe, die Schwierigkeiten mit dem Rücktransport aus dem Osten werden sich allmählich verringern. Reibungen mit den Litauern werden hoffentlich in der Zukunft unterbleiben. Sehr rasch wird die Heimbeförderung wegen der Eisenbahnkalamität leider nicht möglich sein. Zu dem Abtransport von Munitionswagen und Lebensmitteln habe ich die Zustimmung erteilt. Munition hinzuschaffen, erforderte die Vorsicht, denn es bestand die Gefahr, daß die Litauer uns die Eisenbahnverbindung unterbrechen könnten. Daß beträchtliche Lebensmittelmengen erforderlich sind, wenn der Abtransport sich lange Zeit hinzieht, ist selbstverständlich. Als eine Nichtswürdigkeit muß ich es zurückweisen, wenn es so dargestellt wird, als ob die Regierung sich nicht zu den berechtigten Forderungen der Reichswehr bekennt. Ich begrüße jede Anregung, die Truppen besser zu stellen, aber niemand weiß auch besser als ich, wie viel ihr noch fehlt. Die Moral der Truppe entspricht natürlich der Moral der Bevölkerung, aus der sie kommt. Völlig gesunden wird die Truppe nur dann, wenn wir von einer allgemeinen Gesundung der Bevölkerung sprechen können. In den Etats, dem Heeres- und Marineetat, werden Mittel angefordert für den Abbau derjenigen Formationen, die nach dem Friedensvertrag verschwinden müssen. Die Verringerung des Heeres ist nicht in dem Tempo vor sich gegangen, wie angenommen wurde. Der Grund liegt darin, daß der Friede immer noch nicht ratifiziert ist. Das Offizierkorps hat schon eine beträchtliche Verminderung erfahren. Von den Generalen sind nur die dienstlich erforderlichen vorhanden. Bei der Auswahl der Offiziere für die Reichswehr werden politische Rücksichten nicht genommen. Wir fordern von allen loyale Pflichterfüllung. Offiziere, die sich nicht auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen können, werden wohl oder übel ihren Weg gehen müssen. Herr von Graefe hat vorhin der Unbotmäßigkeit geradezu das Wort geredet. Die alten Farben schwarz-weiß-rot sind nicht mehr die Reichsfarben und dürfen nicht als Demonstration benutzt werden. Die Vereidigung der Offiziere wie der Mannschaften auf die Reichsverfassung ist übrigens fast restlos durchgeführt. Die Kluft zwischen Offizieren und Mannschaften ist zum Teil überbrückt worden. Eine ganze Anzahl bewährter Unteroffiziere sind zu Offizieren befördert worden. In Zukunft wird bei der Auswahl der Offiziere nur nach der Tüchtigkeit verfahren werden. Wer Offizier werden will, tritt als Soldat ein. Der Tüchtigste wird ausgewählt als Offizier. In der Marine sind 50 pZt. aller Offizierstellen für Personen aus dem Mannschaftsstande vorbehalten. Wir sind gezwungen, Leute auf 12 Jahre zu werben. Offiziere müssen bis zu 25 Jahren dienen. Da jeder Klassenunterschied bei der Auswahl wegfallen muß, muß der Mann so bezahlt werden, daß er anständig existieren kann. Für tüchtige Leute muß die Laufbahn lockend erscheinen. Das Kasernenleben muß umgestaltet werden. Die Bezahlung wird sich bis zu einem gewissen Grade derjenigen von Arbeitern außerhalb der Kasernen annähern müssen. In der Regel wird der Mann bei der Einstellung 18 Jahre alt sein. Wer mit 30 Jahren ausscheidet, muß aber, wenn er nicht Offizier geworden ist, wissen, was aus ihm werden wird. Es muß also die Aussicht auf eine anständige Zukunft vorbereitet werden. Bleibt es bei den 100 000 Mann, dann werden wir notgedrungen jeden Mann als eine Art Kapitulanten zu behandeln haben. Meistens verpflichten sich die Leute zunächst bloß auf drei Monate, sie ziehen den Militärdienst der Arbeitslosigkeit vor. Der häufige Wechsel macht es unmöglich, eine festgegliederte, gut disziplinierte Truppe zu schaffen. Auf zwölf Jahre sich zu verpflichten, erklären sich jetzt nur wenige Leute bereit. Daß wir zum 1. April 1920 etwa 100 000 Mann bekommen, ist ausgeschlossen. Am 1. Januar 1920 werden wir etwa 10 000 Mann im Heere und 1500 für die Marine einstellen. Soll das erreichbar sein, dann wird in reichlichem Maße auf die bisherigen Kapitulanten zurückgegriffen werden müssen und diese verbleiben doch im Dienste nur, wenn ihnen ihre Bezüge belassen werden. Diejenigen, die sich schon jetzt für eine längere Dienstzeit bereiterklärt haben, werden weitgehender Fürsorge teilhaftig werden. Die Reichswehr muß so gestaltet werden, daß sie den Interessen des Reiches dient. Es wird beträchtliche Zeit dauern, bis alle Erfahrungen praktisch in diesem Sinne ausgemünzt sind, aber es muß geschafft werden, wenn wir den Aufbau des Reiches zu neuem Glanze und zu neuer Blüte verwirklichen wollen. Die Reichswehr soll weniger Gegenstand des Parteigezänks sein. Die Arbeiterschaft besorgt, daß sie ein Instrument gegen das Volk werden könnte. Es zeugt das von geringem Zutrauen zur eigenen Kraft. Wir werden in Zukunft 4000 Offiziere in der Reichswehr haben, und kein Mensch darf glauben, daß die Mehrzahl davon dauernd darauf aus sein wird, oder auf der Lauer liegt, eine Konterrevolution zu machen. Die unabh. Jugendzeitschrift schildert die Reichswehr als eine Rotte hergelaufener Menschen, die in Hunderten von Städten Menschen niedergemetzelt hätten. Das Verbot des „Deutschen Wochenblattes“ war durchaus berechtigt. Die Herren von der Rechten sind immer sehr empfindlich, wenn sich eine Kritik gegen sie nicht in den allerfeinsten Ausdrücken bewegt. Wer da will, daß man Respekt und Mitleid für die Familien hat, die jahrhundertelang in Deutschland regierten und jetzt zum Teil im Exil leben, der muß auch Respekt haben vor der jetzigen Staatsform und den jetzigen Trägern der Regierung. Es hat aber niemals ein solches Maß von Geschmacklosigkeit in der Kritik, wie es die Herrschaften von der Rechten belieben, gegeben. Es charakterisiert Herrn von Graefe, wenn er sich schützend vor die „Deutsche Tageszeitung“ stellt, die sich entgegen jeder Anständigkeit und Loyalität erdreistet, einen ehrenhaften Mann wie den Reichspräsidenten herunterzureißen. Das Blatt bezeichnet den Reichspräsidenten wiederholt als unehrlich. (Große Unruhe.) Es sagt, wie sollen preußische Generale und Offiziere sich einem Reichspräsidenten unterordnen, der sich selbst als ehrlos bezeichnet hat. (Große Unruhe und Zurufe links und rechts.) Der Urheber der Broschüre, die zur Eidesverweigerung aufforderte, und die bei der „Deutschen Tageszeitung“ gedruckt wurde, steht nunmehr fest. Es war der Landschaftsdirektor Kapp. (Großer Lärm.) Wenn die Herren diese Sudelschrift mit Entrüstung abschütteln, so nehme ich davon Notiz. Ich sage ganz offen, in der jetzigen Situation Deutschlands kann man mit Revolutionen und sentimentalen Gefühlsduseleien keine Politik machen. Das Reich ist gefähr